



Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

Ich hoffe, ihr habt den Schock, den das Bundestagswahlergebnis bei vielen SPD-Mitgliedern sicherlich hervorgerufen hat, mittlerweile wieder überwunden. Das Ergebnis von 20,5 Prozent der Wählerstimmen für die SPD bedeutet einen historischen Tiefstwert! Dass auch die CDU auf 33 Prozent abstürzte und damit einen noch stärkeren Stimmenverlust hinnehmen musste, dürfte da allenfalls ein schwacher Trost sein. Die SPD in Rheinland-Pfalz liegt mit 24,5 Prozent zwar deutlich über dem Bundesergebnis, dennoch besteht auch hier kein Grund zur Zufriedenheit.

Wir müssen uns einfach hinterfragen: Was haben wir falsch gemacht? Liegt es an unserem Personal in Berlin, liegt es an der falschen Themensetzung, warum konnten wir mit unseren Themen nicht punkten, oder haben die Wählerinnen und Wähler das Vertrauen in die SPD generell verloren? Erreichen wir die Menschen mit ihren Problemen und Ängsten überhaupt noch, sei es von der Ansprache (Politikerdeutsch) oder generell von der Art her, wie wir Politik anbieten? Viele Fragen, auf die es gilt, unvoreingenommen Antworten zu suchen und auch zu finden. Die beiden großen Volksparteien (ab wieviel Prozent Wählerstimmen ist man überhaupt noch Volkspartei?) stehen beide vor der gleichen Fragestellung. Ich hoffe und wünsche uns, dass wir die besseren Antworten finden werden.

Gewinner der Bundestagswahl waren sicherlich die kleineren Parteien, besonders aber die AfD, die als drittstärkste Fraktion in den Bundestag einzieht. Wie die Wählerwanderungen deutlich machen, hat diese Partei aus allen politischen Richtungen Stimmenzuwächse erzielen können, darunter dürften auch viele Protestwähler sein, die von den etablierten Parteien enttäuscht sind. Wir müssen uns daher mit dieser Partei vor allen



Hans Jürgen Noss

Foto: SGK

Dingen inhaltlich auseinandersetzen und diese bei Sachthemen stellen. Nur so können wir den Menschen deutlich machen und vermitteln, dass die AfD nichts, aber auch gar nichts mit der Lebenswirklichkeit zu tun hat und schon gar keine Alternative für Deutschland darstellt.

Kein „Weiter so“

Der leider allzu oft unverbindliche Sprachduktus, eingebunden in nur schwer verständliche Aussagen und Fachbegriffe, hilft uns mit Sicherheit nicht weiter, wenn wir das normale Lebensgefühl und -empfinden der Menschen treffen wollen. Das Wahlergebnis der SPD in Rheinland-Pfalz und auch die gewonnene Landtagswahl von 2016 könnten für andere eine Blaupause bilden. Es wäre durchaus sinnvoll, sich bei uns vielleicht einmal anzuschauen, wie

Politik besser gemacht und vermittelt werden könnte. Vielleicht hätten wir dann auch in anderen Bundesländern bessere Wahlergebnisse, und die dortigen Genossinnen und Genossen müssten nicht so ängstlich hoffen, doch zumindest 20 Prozent zu erzielen, oder sogar Angst haben, ein zweistelliges Ergebnis zu verfehlen.

Aber wie geht es jetzt weiter in Berlin? Wenn man den Reden glauben kann, wird es dieses Mal kein „Weiter so“ geben. Das dürfte auch die überwältigende Mehrheit unserer Parteimitglieder genau so sehen! Hierzu gehört neben neuen, unverbrauchten Gesichtern in den Führungspositionen in Berlin auch eine Überprüfung und – wenn erforderlich – auch eine Änderung von inhaltlichen Positionen.

Inhalt

Jutta Steinruck OB in Ludwigshafen – großartiger Sieg von David Langner in Koblenz

Herbe Verluste der SPD auch in Rheinland-Pfalz

Gerd Rocker bleibt Bürgermeister

Zusammen sind wir Deutschland – Von Mainz ging gutes Signal aus

Vorstoß zu Blinklichtern findet Interesse beim Land

Es dürfte auch von großer Bedeutung sein, ein verlässlicher Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger zu sein, der ihre Probleme, Sorgen und Nöte auch ernst nimmt und in seine Politik einbezieht. Der Parteitag in Berlin, könnte hierfür die Gelegenheit bieten. Die Delegierten sollten ihre Möglichkeiten nutzen!

Es ist fünf vor zwölf

Neben der Bundespolitik, die zurzeit alles dominiert, dürfen wir aber auch die Landespolitik nicht völlig außer Acht lassen. Die letzten Urwahlergebnisse haben die kommunalpolitische Position der SPD in Rheinland-Pfalz leider nicht gestärkt, sondern in einem bedauerlich großen Umfang verschlechtert. Zu viele Landratsämter und Rathäuser, die oft schon seit mehreren Politikergenerationen von der SPD dominiert waren, sind ver-

loren gegangen. Vor diesem Hintergrund dürfen wir nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Wir müssen uns selbstkritisch hinterfragen, ob wir auch tatsächlich überall die richtigen Kandidatinnen und Kandidaten ins Rennen geschickt haben oder aber ob politische Fehler auf Bundes- oder Länderebene ihren Anteil an den vielen Niederlagen hatten. Es ist fünf vor zwölf oder sogar schon darüber! Nur noch drei der 24 Landräte in Rheinland-Pfalz gehören der SPD an. In den kreisfreien Städten sieht es erfreulicherweise deutlich besser aus, hoffentlich bleibt es auch so.

Immer öfter werden auch Kandidatinnen und Kandidaten der Freien Liste gewählt, nicht unbedingt deshalb, weil diese die besseren Bewerber ins Feld schicken. Aber in vielen Fällen ist es so, dass – wenn ein „Freier“ in die Stichwahl kommt – dieser dann von der SPD oder auch der CDU, je nach Ausgangslage, unterstützt wird. Ob dies auf Dauer unbedingt die richtige Taktik ist, muss ebenfalls hinterfragt und gewissenhaft von den Akteuren vor Ort entschieden werden. Eines ist klar: Wir müssen schon jetzt mit den Vorbereitungen für die Kommunalwahlen 2019 beginnen. Die anstehende Evaluierung des kommunalen Finanzausgleichs (siehe auch Bericht in dieser Ausgabe) und die Fortführung der kommunalen Verwaltungsreform werden dabei bestimmt eine wichtige inhaltliche Rolle spielen.

Mit freundlichen Grüßen



Hans Jürgen Noss MdL
SGK-Landesgeschäftsführer

IMPRESSUM

Verantwortlich für den Inhalt:
SGK Rheinland-Pfalz e.V.,
Klarastr. 14 A, 55116 Mainz

Redaktion: Barbara Behrends
Telefon: (06131) 22 64 60
Hans Jürgen Noss, V.i.S.d.P.

Verlag: Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft,
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin
Telefon: (030) 255 94-100
Telefax: (030) 255 94-192

Anzeigen: Henning Witzel, Volker Weber

Druck: J.D. Küster Nachf. + Pressedruck GmbH
& Co. KG, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld

Jutta Steinruck OB in Ludwigshafen – großartiger Sieg von David Langner in Koblenz

Staatssekretär gewinnt mit fast 70 Prozent. Alle Großstädte in Rheinland-Pfalz jetzt unter Führung der Sozialdemokraten. Aber auch schmerzliche Niederlagen bei Stichwahlen

Autor Michael Reitzel

Selten lagen an einem Wahlsonntag Freude und Trauer, Sieg und Niederlage so dicht beieinander wie am 15. Oktober 2017:

Stephan Weil und die niedersächsische SPD haben einen fulminanten Wahlsieg eingefahren. Einziger kleiner Wehrmutstropfen: Durch die Verluste von Bündnis 90/Die Grünen reicht es leider nicht für die Fortsetzung der rot-grünen Koalition. Das Endergebnis ist aber eindeutig: Stephan Weil erhielt von den Bürgerinnen und Bürger in Niedersachsen wieder den Regierungsauftrag. Schwierige Koalitionsverhandlungen stehen jetzt bevor.

In Wien dagegen hat ein massiver Rechtsruck stattgefunden: Fast 70 Prozent für FPÖ und ÖVP! Eine schwere Bürde für Europa.

Zwei großartige Siege

Und auch bei den Stichwahlen in Rheinland-Pfalz haben wir großartige Siege und schmerzliche Niederlagen zu verzeichnen:

Jutta Steinruck setzt nach 16 Jahren CDU-Herrschaft wieder die sozialdemokratische Führungstradition der SPD in Ludwigshafen fort: Mit 58,1 Prozent ist sie zur neuen Oberbürgermeisterin der zweitgrößten Stadt unseres Landes gewählt worden.

David Langner heißt der neue Oberbürgermeister von Koblenz: mit überragenden 69,8 Prozent der Stimmen hat der Staatssekretär im Sozialministerium einen deutlichen Wahlsieg eingefahren. Damit regieren jetzt in allen Großstädten in Rheinland-Pfalz Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in den



Jutta Steinruck

Foto: Dirk Bleicker



David Langner

Foto: SPD Koblenz

nur „zweiter Sieger“: 40,4 Prozent für Michael Mang in Neuwied und rund 47 Prozent für Martin Müller im Landkreis Kaiserslautern haben nicht gereicht. Auch Michael Mang und Martin Müller gilt unser Dank für Ihr starkes Engagement.

Stark über die Kommunen

Ein erfreuliches Ergebnis für die SPD kommt aus der Verbandsgemeinde Rodalben. Dort hat unser Kandidat Wolfgang Denzer die Stichwahl gewonnen und ist der neue Bürgermeister der Verbandsgemeinde. Im ersten Wahlgang lag er noch mit mehr als drei Prozent hinter dem Mitbewerber von der CDU. In der Stichwahl erhielt Wolfgang Denzer jetzt 52,66 Prozent der Stimmen.

Eines lehren uns die Wahlergebnisse vom 15. Oktober in jedem Fall: Die SPD muss aus den Ländern und Kommunen heraus wieder stark werden. Was die Vorbereitung von Direktwahlen anbelangt, müssen wir dazulernen. Und auch die Landes-SGK wird ihren Beitrag dazu leisten.

Rathäusern: In Mainz, in Trier, in Kaiserslautern, in Koblenz, in Worms und jetzt auch wieder in Ludwigshafen.

Michael Ebling und die Landes-SGK gratulieren Jutta Steinruck und David Langner herzlich zu ihrem Wahlsieg.

In der Stadt Neuwied und im Landkreis Kaiserslautern ist die SPD leider

DAS DEBATTENMAGAZIN

Die alten Lösungen taugen nicht mehr, die neuen kommen nicht von selbst: Die Berliner Republik ist der Ort für die wichtigen gesellschaftspolitischen Debatten unserer Zeit – progressiv, neugierig, undogmatisch.



Bestellen Sie unter: Telefon 030/7407 316-62, Telefax 030/7407 316-63, E-Mail vertrieb@b-republik.de

Die Berliner Republik erscheint fünf Mal im Jahr. Sie ist zum Preis von 8,- € inkl. MwSt. zzgl. Versandkosten als Einzelheft erhältlich oder im Abonnement zu beziehen: Jahresabo* 40,- €; Studentenjahresabo* 25,- €. Bezug der bereits erschienenen Hefte möglich.

*Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr, sofern es nicht spätestens drei Monate vor Ablauf gekündigt wird.

Herbe Verluste der SPD auch in Rheinland-Pfalz

Nachlese zu den Ergebnissen der Bundestagswahl: Nur ein Direktmandat gewonnen – Jetzt weniger sozialdemokratische Abgeordnete in Berlin

Autor SGK Rheinland-Pfalz

Auch in Rheinland-Pfalz musste die SPD bei den zurückliegenden Bundestagswahlen herbe Verluste hinnehmen: Der Anteil der auf die SPD entfallenen Zweitstimmen liegt bei 24,2 Prozent und somit um 3,3 Prozent hinter dem Bundestagswahlergebnis von 2013. Über diesen Verlust tröstet auch nicht die Tatsache hinweg, dass die CDU fast doppelt so viel Stimmenanteile, nämlich 6,3 Prozent, verloren hat. Die CDU liegt mit 35,9 Prozent immer noch um deutlich mehr als 11 Prozent vor der SPD. Der Stimmenanteil für Bündnis 90/Die Grünen verharrte bei 7,6 Prozent, während die FDP um 4,9 Prozent zulegen und jetzt bei 10,4 Prozent liegt. Besorgniserregend ist die Tatsache, dass die AfD ihren Stimmenanteil im Verhältnis zur Bundestagswahl 2013 mehr als verdoppeln konnte, um 6,4 Prozent zulegen und auf Landesebene ein Ergebnis von 11,2 Prozent erzielen.

Und dies wirkt sich auch in den Mandaten aus: Obwohl dem neuen Deutschen Bundestag 37 Abgeordnete aus Rheinland-Pfalz – und damit wegen der Überhangmandate sechs Abgeordnete mehr als 2013 – angehören werden, stellt die SPD-Landesgruppe Rheinland-Pfalz in der neuen Wahlperiode des Bundestags lediglich neun Abgeordnete gegenüber zuvor zehn. Die CDU wird im Bundestag mit 14 direkt gewählten Abgeordneten vertreten sein, also drei Abgeordneten weniger als 2013. Das Bündnis 90/Die Grünen entsendet drei Abgeordnete in den Bundestag. Die FDP hat vier Mandate neu gewonnen. Die Linke ist mit drei Abgeordneten, und damit einem Mandat mehr als zuvor, im Bundestag vertreten. Die AfD gewinnt in Rheinland-Pfalz vier Bundestagsmandate!

Neun Abgeordnete der SPD

Gustav Herzog hat das einzige Direktwahlmandat für die SPD im Wahlkreis Kaiserslautern/Donnersberg geholt. Doris Barnett hat das



Gustav Herzog ist der einzige Sozialdemokrat, der in Rheinland-Pfalz bei der Bundestagswahl ein Direktmandat gewann. Er siegte im Wahlkreis Kaiserslautern/Donnersberg. Foto: Susie Knoll

Direktmandat nur knapp verfehlt. Dr. Katarina Barley konnte als einzige Bewerberin ihren Erststimmenanteil um mehr als zwei Prozent steigern, verfehlt jedoch ebenfalls das Direktmandat. Unter den neun Bundestagsabgeordneten nehmen fünf Abgeordnete kommunale Mandate wahr: Dr. Katarina Barley im Stadtrat Schweich und im Kreistag Trier-Saarburg, Marcus Held als Stadtbürgermeister in Oppenheim sowie als Mitglied im Verbandsgemeinderat Rhein-Selz und im Kreistag Mainz-Bingen, Thomas Hitschler im Kreistag Südliche Weinstraße, Gabi Weber als Vorsitzender der SPD-Stadtratsfraktion Wirges und Detlev Pilger als Mitglied des Stadtrats Koblenz. Und dies wird für die Zukunft der Partei von erheblicher Bedeutung sein. Wir müssen die kommunale Basis „wiederentdecken“! Und auf die

Einbindung unserer Abgeordneten in den kommunalen Vertretungskörperschaften achten.

Wenn auch die Wahlbeteiligung um knapp fünf Prozent auf 77,6 Prozent (2013: 72,8 Prozent) gestiegen ist, liegt auch die Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2017 unter der durchschnittlichen Wahlbeteiligung bei den zurückliegenden Bundestagswahlen. Ohne Expertise in der Wahlforschung darf festgestellt werden, dass hohe Wahlbeteiligungen den Stimmenanteil der SPD fördern: So lag die Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen, aus denen Sozialdemokraten als Kanzler hervorgingen, bei mindestens 80 Prozent (2002) bis 91,6 Prozent (1972: „Willy-Wahl“).

Noch deutlicher als die Wahlbeteiligung ist der Anteil der Briefwahl-

stimmen bundesweit, aber auch in Rheinland-Pfalz, gestiegen: In Rheinland-Pfalz liegt der Anteil der Briefwahlstimmen bei 35,8 Prozent! Dies ist nicht unbedenklich; denn die Briefwahlstimmen werden zum Teil viele Wochen vor dem Wahlsonntag abgegeben, so dass die in den letzten Wahlkampfwochen ausgetragenen Wahlargumente überhaupt keinen Einfluss mehr auf einen Großteil der Wählerschaft haben. Es liegt deshalb die Überlegung nahe, die Voraussetzungen für die Teilnahme an der Briefwahl einzuschränken, zumindest aber die Frist für die Abgabe einer Briefwahlstimme zu verkürzen!

Erschreckend starke AfD

Über den erschreckend hohen Anteil der für die AfD abgegebenen Stimmen (wenn auch unter dem Bundesdurchschnitt) hinaus sind die Stimmenteile in den „AfD-Hochburgen“ erschreckend:

- in der Stadt Germersheim 22,1 Prozent,
- in der Verbandsgemeinde Lingenfeld 17,9 Prozent,
- in der Verbandsgemeinde Rülzheim 17,8 Prozent,
- in der Verbandsgemeinde Bellheim 17,4 Prozent,
- in der Verbandsgemeinde Eich 17,1 Prozent.

Von den 49 Schwerpunktgemeinden der AfD liegen allein 40 in der Pfalz. Dazu zählen u. a. die sechs kreisfreien Städte Frankenthal, Ludwigshafen, Pirmasens, Zweibrücken, Kaiserslautern und Speyer (vgl. S. 39 der Mitteilung Nr. 42/2017 des statistischen Landesamts). Die Ursachen dieser überdurchschnittlich hohen AfD-Stimmenanteile aufzuspüren, muss und kann nur örtlich geleistet werden. Auch hier ist die Kommunalpolitik gefragt, zumal wir in eineinhalb Jahren vor Kommunalwahlen stehen werden.

Gerd Rocker bleibt Bürgermeister

Er holte mehr als 57 Prozent der Stimmen im ersten Wahlgang. Rocker hat in Feuerwehr, Schulen und schnelles Internet investiert – Sympathie, Anerkennung und Wertschätzung der Arbeit

Autor SGK Rheinland-Pfalz

Gerd Rocker bleibt Bürgermeister der Verbandsgemeinde Wöllstein im Landkreis Alzey-Worms. Er ist einer der wenigen Sozialdemokraten, die bei den diesjährigen Direktwahlen erfolgreich abgeschnitten haben, und dies mit über 57 Prozent der Stimmen im ersten Wahlgang auch überaus überzeugend. Er ist seit dem 1. Januar 2010 Bürgermeister der Verbandsgemeinde Wöllstein.

Die Verbandsgemeinde hat rund 12.000 Einwohner und liegt im Landkreis Alzey-Worms im Herzen des Naherholungsgebietes „Rheinhessische Schweiz“. Die berufliche Karriere

absolvierte Gerd Rocker ebenfalls bei der Verbandsgemeindeverwaltung Wöllstein. So ist der studierte Diplom-Verwaltungswirt (FH) und Verwaltungsbetriebswirt (VWA) bereits seit Januar 1985 in der Verwaltung in den verschiedensten Bereichen, zuletzt als Büroleiter, tätig gewesen.

Seine politische Karriere begann 2009 mit der Wahl zum Bürgermeister. Seit dieser Zeit ist er auch Mitglied des Kreistages Alzey-Worms sowie unter anderem des Werksausschusses und des Kreisausschusses. Mitglied der SPD ist er bereits seit 1994.

Blick für das Machbare

Während seiner ersten Amtsperiode lagen die Aufgabenschwerpunkte insbesondere im Bereich des Brandschutzes, der Schulen und der Erschließung der Verbandsgemeinde mit schnellem Internet. So wurden drei Feuerwehrgerätehäuser erweitert bzw. neu gebaut, an allen Schulstandorten ganztägige Betreuungsangebote eingerichtet und die Verbandsgemeinde in Kooperation mit dem EWR mit Breitband versorgt. Hierbei war ihm stets ein breitestmöglicher politischer Konsens im Verbandsgemeinderat wichtig. Seine gute Arbeit und Vorbereitung der

Entscheidungsfindung findet auch Bestätigung darin, dass nahezu alle Beschlüsse einstimmig bzw. mit großer Mehrheit gefasst wurden. Die Verbandsgemeinde Wöllstein und ihre acht Ortsgemeinden verfügen über eine hohe Wirtschaftskraft und Einnahmesituation, so dass die bestehende Infrastruktur stets verbessert und auch ausgebaut werden kann. Gerd Rocker ist Pragmatiker und hat immer den Blick für das Machbare und letztendlich auch das Finanzierbare.

Wichtig ist Gerd Rocker der stetige Kontakt zu den Bürgerinnen und

Anzeige

- **Contracting**
für modernste Energieversorgungsanlagen
- **Verantwortung**
für den kommunalen Klimaschutz
- **Planung und Umsetzung**
von CO₂-neutralen Projekten
- **Garantie**
für nachhaltige, ökonomisch-ökologische Energielieferungen
- **Realisierung**
von Nahwärmeprojekten mit Kraft-Wärme-Kopplung

EDG

„Wir gestalten Energie-Zukunft“

„Gemeinsam mit unseren kommunalen Partnern und Kunden gestalten wir Energie-Zukunft“

EDG EnergieDienstleistungsGesellschaft Rheinhessen-Nahe mbH

Am Giener 13 • 55268 Nieder-Olm

Telefon 0 61 36 / 92 15 0 • info@edg-mbh.de • www.edg-mbh.de

Bürgern. So ist es für ihn selbstverständlich, dass er nahezu alle Veranstaltungen der Vereine, Verbände und Institutionen in den Ortsgemeinden besucht und dadurch seine Anerkennung und Wertschätzung des ehrenamtlichen Engagements zum Ausdruck bringt. Gerd Rocker ist durch sein jahrzehntelanges ehrenamtliches Engagement nahe bei den Menschen und spricht deren Sprache.

Das Ohr am Volk

Ein wesentliches, wenn nicht sogar das wesentlichste Element eines Bürgermeisters ist die stetige Bürgernähe. Nur wer das Ohr am Volk hat, kann wissen, welche Themen es gibt, die die Menschen bewegen und von denen sie erwarten, dass die gewählten Repräsentanten Abhilfe schaffen bzw. entsprechend gestalten.

Dem überzeugten Sozialdemokraten Gerd Rocker ist seine Parteizugehörigkeit sehr wichtig, er hat je-



Gerd Rocker wurde im ersten Wahlgang erneut zum Bürgermeister gewählt.

Foto: VG Wöllstein

doch nie diese in den Vordergrund gestellt oder Menschen oder Ideen dahingehend beurteilt, aus welcher politischen Richtung sie kamen, ge-

schweige denn sein Handeln danach ausgerichtet.

Ob ein Bürgermeister Wahlen gewinnen kann, ist nach Auffassung von Gerd Rocker unabhängig von seiner Partei- oder Wählergruppenzugehörigkeit. Die Bürgerinnen und Bürger können wohl unterscheiden, ob sie ihre Stimme einer Partei für ein politisches Gremium oder einer Person für ein politisches Amt geben. Wichtig ist hierbei einzig und allein die Sympathie, Anerkennung und Wertschätzung der Arbeit, welche diese Person genießt.

Bei den Ergebnissen zu Bürgermeister- oder Landratswahlen zeigt sich immer wieder, dass die Wählerinnen und Wähler sich nicht parteipolitisch orientieren, sondern ihre Stimme personenbezogen abgeben. Auch die neuerliche Wahl von Gerd Rocker zum Bürgermeister hat gezeigt, dass trotz des bundesweiten Negativtrends der SPD auch

ein sozialdemokratischer Kandidat Wahlen gewinnen kann.

Die Schwerpunkte seiner politischen Arbeit in den künftigen Jahren sieht Gerd Rocker im Bereich der Ausweisung von Wohnbauflächen im Flächennutzungsplan als Grundlage für die Entwicklung entsprechender Bebauungspläne durch die Ortsgemeinden, dem Neubau des Feuerwehrgerätehauses in Wöllstein sowie in der grundlegenden Sanierung des Schlossstadions in Wöllstein. Für den Bereich der Grundschule Siefersheim soll ein Mensagebäude angebaut werden und der Breitbandausbau im Bereich der Ortsgemeinde Wöllstein soll weiter verbessert werden.

Eine weitere wesentliche Herausforderung der künftigen Jahre ist es, die bestehende Infrastruktur auf dem hohen Niveau zu erhalten und die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürgern in den einzelnen Gemeinden sicherzustellen.

Anzeige



Ordnung – so einfach

DEMO – das sozialdemokratische Magazin für Kommunalpolitik, schnell griffbereit im handlichen Sammelordner.

Passend für das neue Zeitungsformat!



Illustration: Finales Layout kann abweichen!

BESTELL-COUPON

Ja, ich bestelle:

___ (Anzahl) DEMO-Ordner à 12,99 € zzgl. MwSt. und Versand, Maße: 6 x 37 x 30,3 cm (B x H x T)

per Post: DEMO, Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH, Stresemannstr. 30, 10963 Berlin

per Mail: redaktion@demo-online.de

per Fax: 030/25594-290

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

Postleitzahl, Ort



*zzgl. MwSt. und Versand

Zusammen sind wir Deutschland – von Mainz ging gutes Signal aus

Zum Tag der Deutschen Einheit kamen über eine halbe Million Menschen in die rheinland-pfälzische Landeshauptstadt – Interview mit Oberbürgermeister Michael Ebling

Autor Wolfgang Kröhler

Die Landeshauptstadt Mainz stand zwei Tage lang zum Nationalfeiertag am 3. Oktober im Blickpunkt der Republik. Gab es vor einem Jahr in Dresden noch Demonstrationen und üble Politikerbeschimpfungen, so zeichneten sich die Tage in Mainz als friedlich und heiter aus. Die Landeshauptstadt präsentierte sich von ihrer besten Seite. Darüber dürften sich auch die Spitzen der deutschen Verfassungsorgane, die allesamt nach Mainz gekommen waren, besonders gefreut haben. Nach den Feierlichkeiten zog Oberbürgermeister Michael Ebling im Interview mit der DEMO ein positives Fazit.

Die Rahmenbedingungen für das Fest der Deutschen Einheit in Mainz waren nicht die besten. Vor einem Jahr wurde die Politprominenz noch auf übelste Weise beschimpft, Ministerpräsidentin Malu Dreyer sagte auch, es sei nicht das einfachste Jahr für einen Tag der Deutschen Einheit gewesen. Wie fällt Ihr Fazit als gastgebender Oberbürgermeister aus, konnten aus Mainz wieder andere Signale in die Republik gesendet werden?

Wir haben eine gute Visitenkarte für Stadt und Land abgegeben. Mehr als eine halbe Million Gäste aus der gesamten Republik feierten friedlich und gut amüsiert in der Stadt. Es war ein richtiges Bürgerfest in der ganzen Mainzer Innenstadt mit einem vielfältigen Angebot und mehreren Bühnen, gerade das hat mir gefallen. Gemeinsam feiern führt zusammen. Das ist gemeinsam mit dem Motto „Zusammen sind wir Deutschland“ ein gutes Signal, das von Mainz ausging.

Über eine halbe Million Menschen waren nach Mainz gekommen, eine große logistische Herausforderung für Ihre Stadt und die Stadtverwaltung.

Haben sich die gewaltigen Anstrengungen gelohnt? Wie erleichtert waren Sie, als nach den zwei Festtagen alles so friedlich über die Bühne gegangen war?

Der Tag der Deutschen Einheit ist ein Festtag der Demokratie, darum bin ich froh, dass er nicht durch unschöne Zwischenfälle überschattet wurde. Für uns als Landeshauptstadt

War der hohe Aufwand – auch mit vielen Behinderungen für die Bürger über mehrere Tage – überhaupt notwendig?

Im Nachgang ist es müßig, darüber zu spekulieren, ob es auch mit weniger Sicherheitskräften und geringerem Aufwand möglich gewesen wäre. Was wäre, wenn etwas passiert wäre?!? Man wird keine Ant-



Eintrag in das Goldene Buch der Stadt Mainz: der Präsident des Bundesverfassungsgerichtes Andreas Voßkuhle, Bundeskanzlerin Angela Merkel, Oberbürgermeister Michael Ebling, Ministerpräsidentin Malu Dreyer, der Präsident des Bundestages Norbert Lammert und Bundespräsident Frank Walter Steinmeier (v.l.n.r.)

Foto: Stadt Mainz

war es selbstverständlich, tatkräftig anzupacken. An beiden Tagen waren rund 550 städtische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Dienst. Hinzu kommen 500 freiwillige Helferinnen und Helfer. Das Land Rheinland-Pfalz hat als Veranstalter eine Klasse Job gemacht, der noch lange positiv nachwirken wird. Beide Tage waren eine tolle Werbung für unser Bundesland und seine Landeshauptstadt.

Die Polizei war mit über 7000 Kräften im Einsatz, nennenswerte Zwischenfälle gab es nicht.

wort finden. Die Bürgerinnen und Bürger haben den Aufwand eben auf typisch Mainzer Art hingenommen. Man meckert mal, aber freut sich zugleich, dass Mainz Gastgeber des Nationalfeiertags sein darf. Aber ich kann nachvollziehen, dass es Stimmen gab, die den Aufwand als überzogen bewerten. Mehrtägige Parkverbotszonen, Straßensperren und Busumleitungen greifen schon stark in das Alltagsleben ein.

Bundespräsident Steinmeier hielt eine bemerkenswerte Rede beim Festakt. Er sprach davon,

dass nach dem Mauerfall von vor 27 Jahren mittlerweile aber neue Mauern entstanden seien – und dies nicht nur zwischen Ost und West. Das Gefälle von Arm und Reich, zwischen Stadt und Land oder auch ein Verlust von Heimat nannte er als Beispiele für neue Gräben, die sich durch die Republik ziehen. Teilen Sie diese Einschätzung?

Seine Aufforderung zum Zusammenhalt der Gesellschaft und sein Werben für Demokratie und Freiheit sprachen mir aus der Seele. Nach 27 Jahren deutscher Einheit stellen wir fest, dass wir noch nicht so vereint sind, wie wir das uns wünschten und zugleich neue, nicht sichtbare Mauern in unserer Gesellschaft entstanden sind. Wir müssen den Bürgerinnen und Bürgern bewusster zu hören. Kraftvoll hat der Bundespräsident seinen Appell zum Ausdruck gebracht, dass die Ergebnisse der Bundestagswahl ein Weckruf sind – vor allem gilt er für die Politik selbst.

Für den Oberbürgermeister einer Stadt wie Mainz ist die Ausrichtung eines Festes der Deutschen Einheit etwas ganz besonderes, kommt es doch erst wieder in 16 Jahren nach Mainz zurück. Was hat Sie persönlich am diesjährigen Einheitsfest am meisten beeindruckt, was bleibt bei Ihnen haften?

Wir haben Mainz an beiden Tagen als weltoffene, lebensfrohe und gastfreundliche Stadt präsentiert. Es ist uns gelungen, den Nationalfeiertag mit der Mainzer Lebensfreude zu verbinden. Mir sind auf der Festmeile viele Bürgerinnen und Bürger freudig begegnet, die das Fest gelungen fanden. Da schwang auch ein bisschen Stolz mit. Für uns war es eine Ehre, gastgebende Stadt sein zu dürfen.

Regionaler Vorstoß zu nächtlichen Blinklichtern findet Interesse beim Land

„Dauerfeuer“ bei großen Windparks verärgert vielerorts die Bürger – Experten stellen radargesteuerte Technologie vor. Vorschlag: ein Modell- und Forschungsprojekt entwickeln

Autor SGK Rheinland-Pfalz

Das nächtliche Blinken der Windräder ist vielen Menschen ein Dorn im Auge. Jetzt könnte sich aus dem Vorstoß der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) ein Pilotprojekt entwickeln, das dem Blinken Einhalt gebieten soll.

Bei großen Windparks ist das Blinken der Windkraftanlagen besonders deutlich wahrnehmbar. Die Warnlampen leuchten nicht nur in drei verschiedenen Höhen an den Masten, sondern tun dies auch noch im Wechsel, sodass ein ständiges „Dauerfeuer“ der Blinklichter erfolgt. Aus ersten positiven Gesprächen zwischen dem Mainzer Umweltstaatssekretär Thomas Griese und der Region könnte sich ein gemeinsames Modell entwickeln, das deutschlandweit innovativ wäre.

Hunsrück „Pionierregion“?

Der Hunsrück könnte erneut eine Pionierregion in Sachen Windkraft werden. Statt des weiteren Ausbaus im Bereich erneuerbarer Energien geht es beim aktuellen Projekt allerdings darum, die negativen Auswirkungen der Windräder auf die Menschen zu reduzieren. Das nächtliche Blinken ist eines der Hauptargumente, das Bürger stets gegen die Windkraft ins Feld führen. Denn das wilde Geflacker nimmt gerade in den Sommermonaten vielen die Lust auf einen gemütlichen Abend auf der Terrasse. Von vielen Orten aus sind zwar keine Windräder zu sehen, von einigen Dörfern allerdings besonders viele. Je nach Standpunkt fällt dann auf, wie „durcheinander“ das Blinken ist. Denn die unterschiedlichen Hersteller und Modelle von Windenergieanlagen sorgen in dieser Hinsicht für ein Leuchtfeuer, das an die Lichttechnik von Technoveranstaltungen erinnert.

An dieser Dauerbefeuerung könnte sich etwas ändern. Im November



Die Windkraftanlagen senden in den Nachstunden ständig Blinklichter aus, die Anwohnern auf Dauer „auf die Nerven“ gehen. Ob es jetzt bald eine Lösung gibt, soll durch ein Pilotprojekt herausgefunden werden.

Foto: Wolfgang Kröhler

vergangenen Jahres hatte die SGK zu einer Veranstaltung nach Laubach eingeladen, um mit Experten eine radargesteuerte Technologie zu diskutieren, die für eine Abschaltung der Blinklichter geeignet ist. Hierbei handelt es sich um eine Anlage, die nach dem Empfang von Radarsignalen automatisch die Blinklichter von Windrädern einschaltet.

Dies ist dann der Fall, wenn sich beispielsweise ein Flugzeug auf dem Anflug zum Flughafen Hahn befindet oder ein Hubschrauber im nächtlichen Einsatz ist. Das revolutionär wirkende Modell kostet nach groben

Schätzungen etwa 10.000 Euro pro Windkraftanlage.

Interesse des Landes

In Laubach kam bei der ersten Präsentation aus dem Publikum die Anregung, dass die SGK doch mit dem Land darüber sprechen könne, ob sich nicht ein gemeinsames Modell- oder Forschungsprojekt entwickeln ließe. Unter Federführung des Ellerners Dietmar Tuldi und seiner SGK-Kollegen kam es daraufhin zu Gesprächen mit dem Umweltministerium. Staatssekretär Thomas Griese, ein ausgewiesener Windkraftexperte und hochqualifizierter Jurist,

zeigte sich interessiert. „Herr Griese war sehr aufgeschlossen“, sagt Tuldi. Letztlich kam es vor einiger Zeit zu einem Treffen im Kreishaus in Simmern. Bei diesem Treffen, an dem unter anderem etwa drei Dutzend Ortsbürgermeister teilnahmen, stellte Griese in Aussicht, dass sich das Land eine Beteiligung an einem solchen Projekt vorstellen kann. „Das Thema ist unglaublich wichtig für unsere Gemeinden“, betont Tuldi im Nachgang des Gesprächs. Michael Boos, Bürgermeister der von Windkraft stark „betroffenen“ Verbandsgemeinde Simmern, betont: „Wir wollen für dieses Projekt werben.“ Beide begrüßen es sehr, dass sich das Land sofort für das Projekt interessiert hat.

Staatssekretär Griese hat bei der Veranstaltung signalisiert, dass ein Modell denkbar ist, bei dem sich Land, Kommunen und Anlagenbetreiber die Finanzierung der Kosten des Projekts aufteilen. Die Rede ist von je einem Drittel Beteiligung. „Das kostet Geld, aber es ist ein wichtiges Projekt für die Bürger“, sagen Boos und Tuldi.

Für den Kreis als übergeordnetes Gebilde ist das modellhafte Projekt derzeit noch kein Thema, aber auch hier ist grundsätzlich eine Beteiligung möglich. So könnte beispielsweise eine Anstalt öffentlichen Rechts das Projekt kommunal betreuen, die beim Kreis angedockt wäre. Denkbar sind viele Modelle.

Allerdings ist derzeit noch nicht abschätzbar, wie groß das Interesse bei den möglichen Projektbeteiligten ist. Denn bislang besteht beispielsweise für die Betreiber von Anlagen noch keine Rechtspflicht, solche Techniken nachzurüsten. Auch die Gemeinden müssten sich erst dazu bereit erklären, sich an einem solchen Projekt finanziell zu beteiligen